

Rechenschaftsbericht

1. Das Haushaltsjahr 2018: Planung, Verlauf und Ergebnis

Die **Haushaltsplanung** für die Jahre 2017 und 2018 erfolgte vor dem Hintergrund guter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen: die deutsche Wirtschaft befand sich auf einem soliden Wachstumspfad, die privaten Haushalte profitierten von realen Einkommenssteigerungen, die aus einem anhaltenden Beschäftigungsaufbau, aus Tariflohnsteigerungen und aus deutlich zurückgegangenen Energiepreisen resultierten. Daher ging der Arbeitskreis Steuerschätzung in 2016 auch für die nächsten Jahre von einer verlässlichen Entwicklung der Steuereinnahmen aus.

Diese guten Entwicklungsperspektiven spiegeln sich auch im Doppelhaushalt 2017/2018, den der Gemeinderat am 20.12.2016 beschlossen hat, in höheren Ansätzen bei den Steuereinnahmen wider. Aufgrund gleichzeitig steigender Aufwendungen mussten wir in der Planung für 2018 – ähnlich wie bereits für das Jahr 2017 – dennoch von einem negativen ordentlichen Ergebnis ausgehen (-7,7 Mio. €) und Kreditaufnahmen i. H. v. 39,3 Mio. € einplanen.

In Anbetracht dieser Eckdaten und unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung mit ihrem hohen Investitionsvolumen hat das Regierungspräsidium Karlsruhe seine **Haushaltsgenehmigung** mit Auflagen verbunden (insbesondere Einschränkungen beim Ausschöpfen der Kreditermächtigungen, Einsatz von Verbesserungen im Finanzhaushalt zur Verminderung des Kreditbedarfs).

Erfreulicherweise zeigte sich aber bereits im Rahmen der Aktualisierung der mittelfristigen Finanzplanung, dass wir mit deutlichen Verbesserungen im Ergebnishaushalt würden rechnen können. Diese positive Entwicklung verstärkte sich im Laufe des Jahres 2018 weiter deutlich, sodass wir im Zuge der **unterjährigen Haushaltsprognosen** von einem klar positiven ordentlichen Ergebnis ausgegangen sind und daher dem Gemeinderat die Aufhebung der Haushaltssperre empfehlen konnten.

Deutlich verhaltener als der Ergebnishaushalt entwickelte sich die Investitionstätigkeit: die Ein- und Auszahlungen lagen unter den Planwerten. Dies reduzierte zwar den Mittelbedarf in 2018, bedeutete oft aber nur ein Verschieben des Mittelbedarfs ins Folgejahr. Angesichts dieser Entwicklungen war ein Ausschöpfen der Kreditermächtigung nicht erforderlich, es konnte im Gegenteil sogar der Kassenbestand aufgestockt werden. Letzteres ist vor allem im Hinblick auf das Jahr 2020 von Bedeutung: die Verbesserungen im Ergebnishaushalt des Jahres 2018 – insbesondere eine Folge von höheren Gewerbesteuererträgen – führen über den kommunalen Finanzausgleich zeitversetzt um zwei Jahre zu finanziellen Belastungen, da wir dann aufgrund der Steuerstärke in 2018 nur geringere Schlüsselzuweisungen erhalten und gleichzeitig eine höhere FAG-Umlage abführen müssen.

Der **Jahresabschluss** bestätigte unsere Prognosen im Wesentlichen. Während das ordentliche Ergebnis um 32,2 Mio. € den Ansatz übertraf, stieg der Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung um 78,1 Mio. € auf 115,5 Mio. €. Diese Mittel wurden zum einen zur Reduzierung des Kreditbedarfs eingesetzt, zum anderen aber wurden sie zur Aufstockung des Zahlungsmittelbestands genutzt, um die FAG-Belastungen in 2020 abfedern zu können. Damit lag der Zahlungsmittelbestand zum 31.12.2018 bei 68,2 Mio. €. Der Schuldenstand betrug 188,9 Mio. € statt der geplanten 234,7 Mio. €. Allerdings mussten erneut hohe Haushaltsreste gebildet werden, die die Folgejahre finanziell belasten werden.

Die wichtigsten Eckdaten auf einen Blick:

	Plan 2018 in Mio. €	Ergebnis 2018 in Mio. €	+/- in 2018 in Mio. €
Ergebnishaushalt:			
Ordentliche Erträge	611,2	702,7	91,5
Ordentliche Aufwendungen	618,9	678,2	59,3
Ordentliches Ergebnis	-7,7	24,5	32,2
Finanzhaushalt / Liquidität:			
Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung	37,4	115,5	78,1
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11,5	7,9	-3,6
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	78,5	66,3	-12,2
Kreditaufnahmen (ohne Umschuldungen)	39,3	15,0	-24,3
Schuldenstand zum 31.12.2018 (ohne Restkaufpreisschulden)	234,7	188,9	-45,8
Veränderung des Zahlungsmittelbestands	0,0	63,2	63,2
Stand der Zahlungsmittel zum 31.12.2018 (einschließlich Geldanlagen)	10,4	68,2	57,8

Die wichtigsten Entwicklungen und Ergebnisse des Jahres 2018:

Ordentliche Erträge (+91,5 Mio. €)

Mehrerträge entstanden u. a. in folgenden Bereichen:

- Gewerbesteuer +56,6 Mio. € sowohl aufgrund hoher Voraus- als auch hoher Nachzahlungen
- Schlüsselzuweisungen +14,2 Mio. € resultierend aus der Erhöhung des Grundkopfbetrags und der Einwohnerzahl
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer +3,8 Mio. €
- Zuschüsse +3,8 Mio. €, insbesondere im Bereich der Kleinkindbetreuung durch einen Anstieg der Zahl der betreuten Kinder und des Zuschussbetrags je Betreuungsplatz sowie für die Anschlussunterbringung von Asylbewerbern/-innen
- Entgelte wie Gebühren, Mieten u. ä. +2,4 Mio. € in verschiedenen Bereichen
- Verzinsung von Gewerbesteuernachzahlungen +1,9 Mio. €
- nicht zahlungswirksame Erträge +11,6 Mio. €, überwiegend durch die Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen auf Forderungen

Minderträge entstanden u. a. in folgenden Bereichen:

- Grunderwerbsteuer -1,2 Mio. €
- Sonstige Gemeindesteuern -1,2 Mio. € durch die Nichteinführung der Übernachtungssteuer
- Buß- und Verwarnungsgelder -1,2 Mio. € infolge sowohl personeller als auch technischer Gründe

Ordentliche Aufwendungen (+59,3 Mio. €)

Mehraufwendungen entstanden u. a. in folgenden Bereichen:

- Bildung von Rückstellungen im Rahmen des FAG +37,8 Mio. € und für konsumtive Aufwendungen zur Entwicklung der Bahnstadt i. H. v. 15,0 Mio. €, die im Treuhandvermögen Bahnstadt gebucht wurden
- Gewerbesteuerumlage +9,5 Mio. € in Folge der hohen Gewerbesteuererträge (siehe oben)
- Abschreibungen +5,6 Mio. € insbesondere aufgrund von Forderungsabsetzungen / Wertberichtigungen
- Gebäudeunterhaltung +2,5 Mio. € durch einen höheren Bedarf in mehreren Bereichen
- Personal- und Versorgungsaufwendungen +2,1 Mio. €, insbesondere durch den höheren Tarifabschluss und durch die im Vorgriff auf den kommenden Doppelhaushalt vorgenommenen Stellenbesetzungen (z. B. KOD, GVD)

Minderaufwendungen entstanden u. a. in folgenden Bereichen:

- Transferleistungen des Amtes für Soziales und Senioren -9,3 Mio. €, insbesondere bei der Hilfe zur Pflege, bei den Hilfen für Flüchtlingen und bei der Grundsicherung aufgrund niedrigerer Fallzahlen als geplant
- Transferleistungen des Kinder- und Jugendamtes -1,7 Mio. €, vor allem aufgrund niedrigerer Aufwendungen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern
- Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende -4,2 Mio. €
- Zuschüsse an Dritte -1,3 Mio. €, vor allem aufgrund des weniger raschen Ausbaus der Kinderbetreuungsangebote bei freien Trägern als geplant

Ordentliches Ergebnis (+32,2 Mio. €) und Zahlungsmittelüberschuss (+78,1 Mio. €)

Prägend für das ordentliche Ergebnis war vor allem die Entwicklung bei den allgemeinen Finanzmitteln: hohen Erträgen bei der Gewerbesteuer und bei den Schlüsselzuweisungen (zusammen +70,8 Mio. €) sowie der Auflösung einer FAG-Rückstellung (9,1 Mio. €) standen bei den Aufwendungen neben einer höheren Gewerbesteuerumlage (+9,5 Mio. €) vor allem die Bildung einer FAG-Rückstellung (37,8 Mio. €) gegenüber. Alleine diese Vorgänge verbesserten das ordentliche Ergebnis um 32,6 Mio. €.

Da bei der Ermittlung des Zahlungsmittelüberschusses der Ergebnisrechnung lediglich kassenwirksame Vorgänge relevant sind und damit Rückstellungen nicht in die Betrachtung einfließen, übertraf der Zahlungsmittelüberschuss nicht nur den Planwert sondern auch das ordentliche Ergebnis deutlich. Dieses Plus stand für die Investitionstätigkeit im Jahr 2018 zur Verfügung und führte darüber hinaus zu einer Erhöhung des Kassenbestands zum 31.12.2018. Die Mittel aus dem Kassenbestand sollen dann vor allem im Jahr 2020 verwendet werden, wenn unsere Steuerstärke aus 2018 zu Belastungen im Finanzausgleich 2020 führt. Dies ist im Haushaltsplan 2019/2020 bereits so vorgesehen.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (-3,6 Mio. €)

Das Ergebnis bei den investiven Einzahlungen (7,9 Mio. €) wurde vor allem bestimmt durch unter dem Ansatz liegende Grundstücksveräußerungen (-2,5 Mio. €) und durch die noch nicht erfolgte Auszahlung eines Zuschusses für die Verlegung der Julius-Springer-Schule (-1,8 Mio. €).

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (-12,2 Mio. €)

Die investiven Auszahlungen (66,3 Mio. €) erreichten den Haushaltsansatz (78,5 Mio. €) nicht. Ursache hierfür waren vor allem unter dem Ansatz liegende Auszahlungen für Baumaßnahmen (-7,9 Mio. €) und Investitionsfördermaßnahmen (-6,2 Mio. €). Insbesondere dies führte dazu, dass Haushaltsreste i. H. v. 24,7 Mio. € nach 2019 übertragen werden mussten.

Schwerpunkte der investiven Auszahlungen waren:

- Einzahlungen in die Kapitalrücklagen der SWH (16,5 Mio. €), der HKK (1,5 Mio. €) und der GGH (1,0 Mio. €)
- Tiefbaumaßnahmen (10,4 Mio. €), darunter u. a. Fortführung Straßenerneuerungsprogramm (2,2 Mio. €) und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Mobilitätsnetz (4,3 Mio. €)
- Schulbaumaßnahmen (7,2 Mio. €), darunter insbesondere die Generalsanierung des Hölderlin-Gymnasiums, der Neubau von naturwissenschaftlichen Fachräumen am Bunsen-Gymnasium, die Verlegung der Julius-Springer-Schule, die Erweiterung der Marie-Baum-Schule und Maßnahmen im Rahmen der Digitalisierung
- Finanzierungsanteile des Erneuerungsgebiets Konversion (0,5 Mio. €) und des Treuhandvermögens Bahnstadt (4,6 Mio. €)
- Erwerb von Grundstücken (4,0 Mio. €) und beweglichem Sachvermögen (7,2 Mio. €)
- Investitionszuschüsse an Dritte (4,6 Mio. €), vorwiegend für Maßnahmen des Mobilitätsnetzes, an freie Träger von Kindertageseinrichtungen und im Sportbereich

Kreditaufnahmen (-24,3 Mio. €), Zahlungsmittelbestand und Schuldenstand

Insbesondere aufgrund des sich positiv entwickelnden Zahlungsmittelüberschusses des Ergebnishaushalts und des geringeren Mittelbedarfs im investiven Bereich musste die veranschlagte Kreditaufnahme (39,3 Mio. €) nur anteilig realisiert werden (15,0 Mio. €) während gleichzeitig der Zahlungsmittelbestand zum Jahresende mit 68,2 Mio. € deutlich über dem Ansatz lag. Seine Reduzierung wurde zur anteiligen Finanzierung der Haushaltsjahre 2019/2020 bereits im neuen Doppelhaushalt veranschlagt.

Der Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden) belief sich – nachdem bereits in 2017 als dem ersten Jahr des Doppelhaushalts 2017/2018 geringere Kredite aufgenommen worden waren – zum 31.12.2018 auf 188,9 Mio. € (Plan 234,7 Mio. €).

Bilanz

Die Bilanzsumme zum 31.12.2018 hat sich gegenüber dem Vorjahr von 1,424 Mrd. € auf 1,510 Mrd. € erhöht. Ursache sind insbesondere der Anstieg der Rücklagen (+23,8 Mio. €) und Rückstellungen (+46,5 Mio. €). Das Basiskapital liegt unverändert bei 807,0 Mio. €.

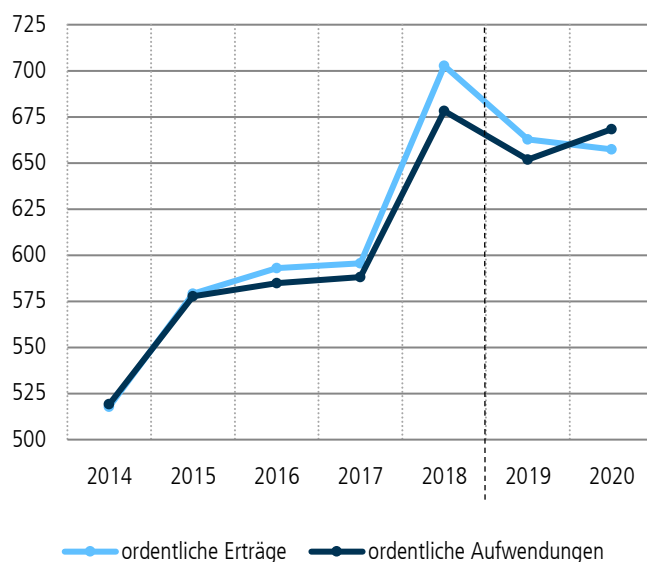
2. Analyse von Kennzahlen

2.1 Ergebnisrechnung

in Mio. €	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	Plan 2019	Plan 2020
Ordentliche Erträge	517,9	579,2	593,0	595,6	702,7	662,8	657,4
Ordentliche Aufwendungen	519,2	577,7	584,8	588,1	678,2	651,9	668,3
Ordentliches Ergebnis	-1,3	1,5	8,2	7,5	24,4	10,9	-10,9

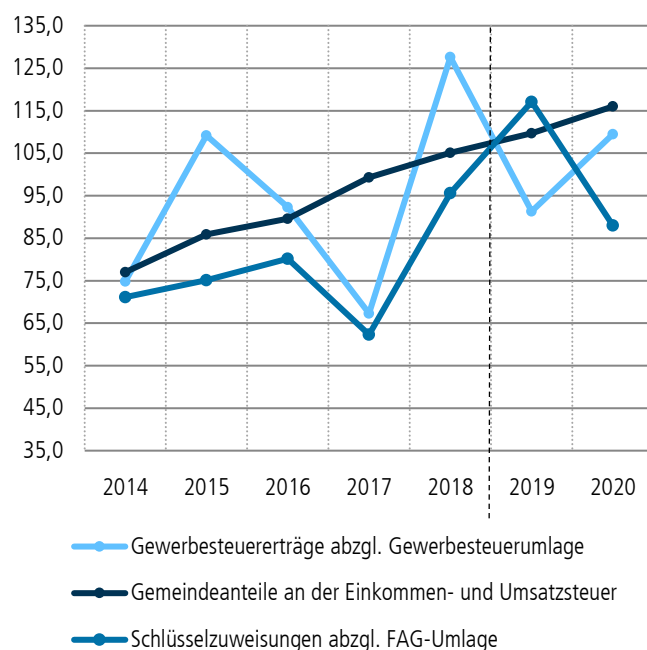
Die Grafik zeigt deutlich, dass das Ergebnis 2018 sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen Ausnahmeharakter hat: Wie unter Ziffer 1 dieses Rechenschaftsberichts bereits dargestellt, übertrafen vor allem die Gewerbesteuererträge (156,6 Mio. €) und die Schlüsselzuweisungen (162,7 Mio. €) die Planwerte. Außerdem lagen sie zusammen um 106,9 Mio. € über den Ergebnissen des Jahres 2017. Damit nimmt das Jahr 2018 eine Sonderstellung ein; vor allem bei der Gewerbesteuer erwarten wir in den Jahren 2019 und 2020 deutlich geringere Erträge (110 Mio. € in 2019 und 120 Mio. € in 2020).

Die Sondersituation auf der Ertragsseite des Jahres 2018 hatte auch Auswirkungen auf die **Aufwendungen**: zum einen war eine höhere Gewerbesteuerumlage zu zahlen (+9,5 Mio. €) und zum anderen musste eine FAG-Rückstellung (37,8 Mio. €) gebildet werden. Damit erreichten auch die Aufwendungen ein überdurchschnittlich hohes Ergebnis.



Mehr noch als in den Vorjahren wird in 2018 die **Ertragsseite** ganz wesentlich von den Steuern, Steueranteilen und Schlüsselzuweisungen dominiert (in 2018 65 % aller Erträge). Ihr Netto-Volumen (= abzüglich Umlagen) hat sich wie folgt verändert: von 2016 nach 2017 -33,2 Mio. € und von 2017 nach 2018 +99,4 Mio. €.

- Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer:**
 Konstant steigende Entwicklung insbesondere aufgrund der guten Verfassung der Wirtschaft, steigenden Erwerbstätigenzahlen und höheren Einkommen. In der Umsatzsteuer sind ab 2015 Entlastungsmittel des Bundes enthalten.
- Gewerbesteuer abzgl. Gewerbesteuerumlage:**
 Starke Aufkommensschwankungen insbesondere durch den Umfang an Nachzahlungen.
- Schlüsselzuweisungen abzgl. FAG-Umlage:**
 Anstieg insbesondere aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation mit steigenden Steuereinnahmen sowie durch eine wachsende Einwohnerzahl in Heidelberg. Zeitversetzt um zwei Jahre wirken sich die Gewerbesteuerergebnisse auf die Schlüsselzuweisungen aus: höhere (geringere) Gewerbesteuererträge bedeuten sinkende (steigende) Schlüsselzuweisungen.



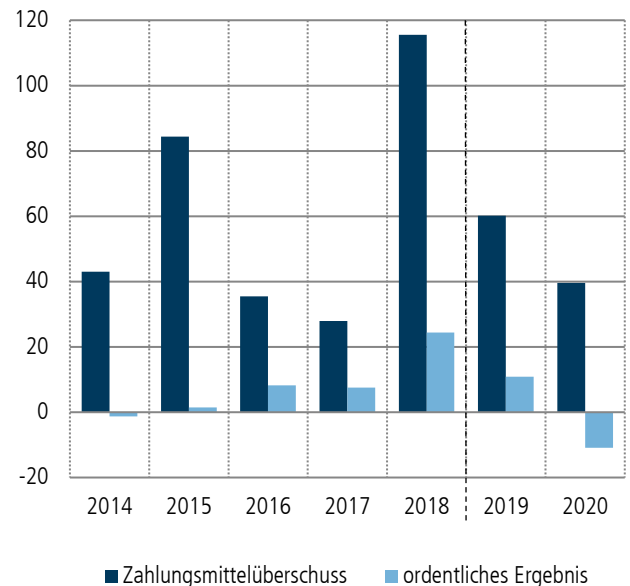
2.2 Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung

in Mio. €	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	Plan 2019	Plan 2020
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	43,0	84,4	35,5	27,9	115,5	60,2	39,6

Während das ordentliche Ergebnis die Differenz der ordentlichen Erträge und der ordentlichen Aufwendungen ist, bezieht sich der **Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung** ausschließlich auf kassenwirksame Vorgänge des Ergebnishaushalts. Damit sind hier insbesondere die Abschreibungen und die Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen außen vor.

Der Zahlungsmittelüberschuss sind somit vom Haushalt selbst erwirtschaftete Mittel für die Investitionsfinanzierung. Je höher der Zahlungsmittelüberschuss desto größer der Spielraum für Investitionen und desto geringer der Kreditbedarf.

Die hohe Differenz zwischen ordentlichem Ergebnis und Zahlungsmittelüberschuss in 2018 resultiert vor allem aus den hohen Rückstellungen, die gebildet wurden (darunter FAG-Rückstellung i. H. v. 38,7 Mio. € und Rückstellung für konsumtive Aufwendungen zur Entwicklung der Bahnstadt, die bereits im Treuhandvermögen Bahnstadt geleistet worden sind, i. H. v. 15,0 Mio. €).

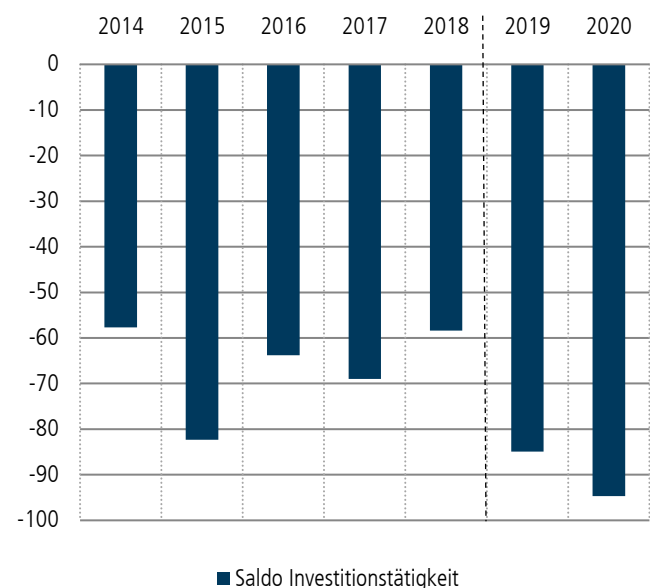


2.3 Investitionstätigkeit

in Mio. €	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	Plan 2019	Plan 2020
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	10,8	9,1	14,9	7,5	7,9	14,8	14,2
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	68,5	91,4	78,7	76,5	66,3	99,7	108,9
Saldo Investitionstätigkeit	-57,7	-82,3	-63,8	-69,0	-58,4	-84,9	-94,7

Die investiven Auszahlungen sind nur zu einem kleinen Teil durch Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (u. a. Einnahmen aus Veräußerungen und Investitionszuschüsse) gedeckt, so dass die Investitionstätigkeit überwiegend über Überschüsse des Ergebnishaushalts und Kredite finanziert werden muss.

Auch in 2018 war die Investitionstätigkeit wieder hoch. Es zeigte sich allerdings erneut, dass vor allem auch Haushaltsreste aus dem Vorjahr bewirtschaftet und im Haushaltsjahr direkt veranschlagte Mittel in vielen Fällen nicht oder nur teilweise benötigt wurden. Ursache ist in der Regel eine zu optimistische Ansatzbildung, mit der die Projektumsetzung aufgrund der zunehmenden Komplexität von Planungs- und Abstimmungsprozessen sowie durch die hohe Auslastung der Mitarbeiter/-innen sowohl in der Verwaltung als auch bei den Beteiligungsunternehmen und in Fremdfirmen dann nicht Schritt halten kann.



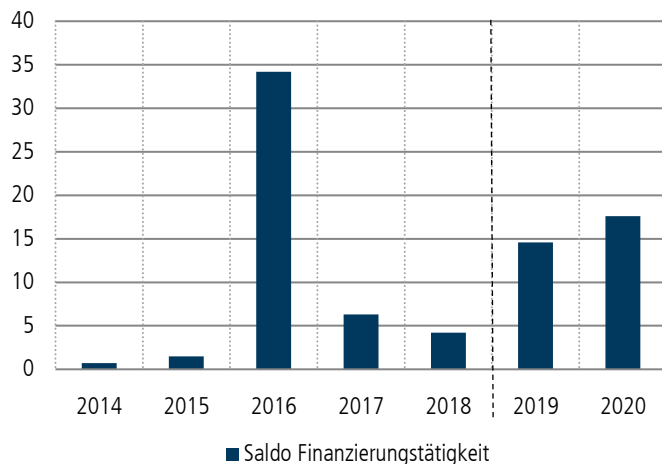
2.4 Investitionsfinanzierung

in Mio. €	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	Plan 2019	Plan 2020
Saldo Finanzierungstätigkeit	0,7	1,5	34,2	6,3	4,2	14,6	17,6

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit ist die Differenz zwischen den **Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit** (insbesondere Kreditaufnahmen) und den **Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** (insbesondere Kredittilgung und Zahlungen im Rahmen von kreditähnlichen Rechtsgeschäften wie z. B. ÖPP-Projekte IGH und B³).

In den zurückliegenden fünf Jahren musste nur in 2016 die Kreditermächtigung nahezu vollständig ausgeschöpft werden.

In 2019 beläuft sich die Kreditermächtigung auf 25,8 Mio. €, in 2020 sind es 28,5 Mio. €. Der Anstieg ist eine Folge der hohen Ansätze für Investitionen.

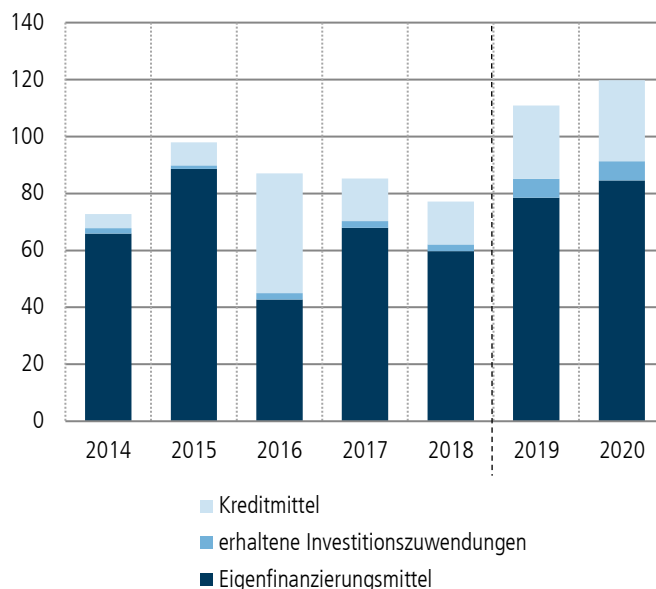


Somit stellen sich der Finanzierungsbedarf und die Finanzierungsmittelherkunft wie folgt dar:

	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	Plan 2019	Plan 2020
Finanzierungsbedarf (Investitionsauszahlungen, Tilgungen, Kreditähnliche Rechtsgeschäfte)	72,8	97,9	87,0	85,3	77,1	110,9	119,8
Eigenfinanzierungsmittel (= Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung, Entnahme aus dem Kassenbestand, Vermögensveräußerung)	65,9	88,6	42,7	67,9	59,7	78,5	84,6
Erhaltene Investitionszuwendungen	1,9	1,3	2,3	2,4	2,4	6,6	6,7
Fremdfinanzierungsmittel (Kredite)	5,0	8,0	42,0	15,0	15,0	25,8	28,5

Im Betrachtungszeitraum nahm nur in 2016 die **Fremdfinanzierung** einen hohen Anteil an, so dass dort die **Eigenfinanzierungsquote** unter 50 % lag. In den übrigen Jahren sind es zwischen 71 % und 91 %.

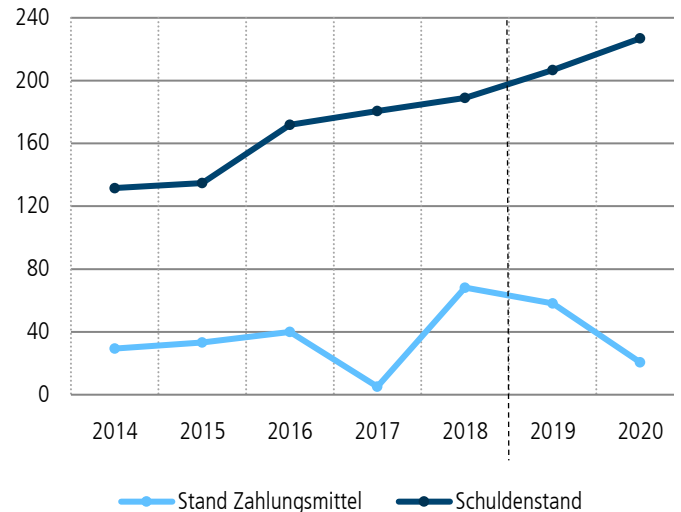
Mit der umfangreichen Investitionstätigkeit steigt ab 2019 der Gesamtfinanzierungsbedarf deutlich. Die Auswirkungen auf den Zahlungsmittelbestand einerseits und den Schuldenstand andererseits zeigt die Grafik auf der folgenden Seite (da der Zahlungsmittelbestand zum 31.12.2018 höher lag als im Haushaltsplan 2019/2020 angenommen, wurden in der nachfolgenden Tabelle die Daten für 2019 und 2020 entsprechend fortgeschrieben und in Klammern ergänzt; für die Grafik wurden die Werte in den Klammern verwendet).



in Mio. €, jeweils zum 31.12.	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	Plan 2019	Plan 2020
Endstand an Zahlungsmitteln (mit Geldanlagen)	29,4	33,2	39,9	5,1	68,2	49,9 (58,1)	12,4 (20,6)
Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden)	131,6	134,8	171,8	180,7	188,9	206,8	226,9

Der gesetzliche Mindestbestand an Zahlungsmitteln liegt in 2019 und 2020 bei rund 11 Mio. €. Laut dem aktuellen Haushaltsplan bleibt er trotz umfangreicher Entnahmen unangetastet. In 2017 war dies anders: aufgrund der Liquiditätsentwicklung wurde der gesetzliche Mindestbestand zum Jahresende 2017 um knapp 5,0 Mio. € unterschritten.

Der **Schuldenstand** stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an. Laut Doppelhaushalt 2019/2020 liegt die Nettoverschuldung in diesen beiden Jahren im Schnitt bei 19 Mio. € je Jahr. Nicht abgebildet sind in der Grafik die Finanzplanungsjahre 2021 bis 2023 mit einer deutlichen jährlichen Neuverschuldung von 36 Mio. €.



2.5 Zusammenfassung und Bewertung

In 2018 haben wir von der guten Entwicklung des **Ergebnishaushalts** mit hohen Gewerbesteuererträgen und den deutlich über dem Ansatz liegenden Schlüsselzuweisungen profitiert. Der dadurch erzielte Zahlungsmittelüberschuss von 115,5 Mio. € konnte sowohl zur Senkung des Kreditbedarfs in 2018 als auch für die weitere Investitionsfinanzierung genutzt werden, soweit er nicht zum Ausgleich der – infolge unserer Steuerstärke 2018 – entstehenden Belastungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs 2020 benötigt wird.

Schwerpunkte der **Investitionstätigkeit** war erneut der Baubereich (31,5 Mio. €), insbesondere in Zusammenhang mit den großen Stadtentwicklungsprojekten und im Zuge des Erhalts und der Weiterentwicklung der Infrastruktur. Aber auch die Zahlungen an die SWH banden beträchtliche Haushaltsmittel (16,5 Mio. €).

Nach Kreditaufnahmen von 15,0 Mio. € betrug der **Schuldenstand** zum 31.12.2018 188,9 Mio. € und ist gegenüber dem Vorjahr um 8,2 Mio. € angestiegen.

Den Haushalt 2019/2020 hat das **Regierungspräsidium** nur mit Auflagen hinsichtlich der Verminderung des Kreditbedarfs genehmigt. Die Auflagen wurden damit begründet, dass laut mittelfristiger Finanzplanung für die Jahre 2020, 2022 und 2023 mit einem Fehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis gerechnet wird. Diese Fehlbeträge können zwar durch vorhandene Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt werden, doch nehmen diese hierdurch merklich ab. Außerdem kommt es durch die anhaltend hohe Investitionstätigkeit zu einer deutlichen Ausweitung der bereits heute schon überdurchschnittlichen Verschuldung.

3. Ziele und Strategien

Stand der Aufgabenerfüllung

Chancen und Risiken

3.1 Ziele und Strategien: Festlegung und Berichtswesen

Seit 1997 gibt der **Stadtentwicklungsplan** die Leitlinien und Ziele für die Kommunalpolitik vor. In der Präambel heißt es: „Heidelberg strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Er orientiert sich dabei am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg. Die mit dem Demografischen Wandel verbundenen Veränderungen werden als Chance empfunden und aktiv gestaltet. Es gilt neben der Familienfreundlichkeit für alle Generationen den Charakter einer lebendigen, kreativen und toleranten Stadt zu erhalten. Die Leitziele des Stadtentwicklungsplanes aus dem Jahr 1974 dienen dabei als Grundlage.“

Eine indikatorengestützte Erfolgskontrolle des Stadtentwicklungsplanes liefern die Nachhaltigkeitsberichte 2004, 2007, 2011 und 2014. Anhand weniger Messgrößen wird die Entwicklung in den einzelnen Handlungsfeldern zwischen den jeweiligen Berichtsjahren gezeigt.

Am 20.12.2001 hat der Gemeinderat erstmals den **Produkt- und Leistungsplan** der Stadt Heidelberg als generelle Richtlinie für den Aufgabenvollzug beschlossen. Er gibt eine umfassende Übersicht über die Aufgaben, die Standardleistungen und die (strategischen) Zielsetzungen der Leistungserbringung in den städtischen Ämtern. Die **Teilhaushalte** der einzelnen Ämter enthalten die für die jeweiligen Haushaltsjahre festgelegten operationalen Ziele mit den zur Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen. Über die Zielerreichung informieren die Ämter in den Jahresberichten.

3.2 Stand der Aufgabenerfüllung zum 31.12.2018

Im Jahr 2018 war eine stetige Erfüllung der kommunalen Aufgaben gewährleistet. Im Bereich der Standardaufgaben gab es insbesondere folgende wesentliche, **strukturelle Veränderungen** gegenüber 2017:

- Ausgliederung der Stadthalle in die Theater- und Orchesterstiftung
- Gründung der Heidelberger Kultur- und Kongressgesellschaft mbH (HKK) als 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Heidelberg für die Verwaltung und den Betrieb des Konferenzzentrums, der Stadthalle und der Großsporthalle
- Betriebsaufnahme des Bürgerzentrums im Gebäudekomplex B³ in der Bahnstadt
- Betriebsaufnahme des Mark-Twain-Centers für internationale Beziehungen
- Vereinbarung einer Sicherheitspartnerschaft mit dem Land Baden-Württemberg
- Einsatz eines Selbstbedienungsterminals im Bürger- und Ordnungsamt zur Beantragung von Pass- und Ausweisdokumenten
- Einführung eines neuen Entgeltsystems für die städtischen Kindertageseinrichtungen, die Betreuung in Tagespflege, die Verlässliche Grundschule und die Musik- und Singschule
- Umzug des Amtes für Soziales und Senioren in das neue Verwaltungsgebäude in der Bergheimer Straße 155
- Fertigstellung von zwei weiteren Projekten des Mobilitätsnetzes, darunter das letzte Trassenstück der Straßenbahn durch die Bahnstadt mit Anbindung des Hauptbahnhofs Süd

Über das Erreichen der **finanziellen Zielsetzungen** wurde bereits ausführlich unter Ziffer 1 und 2 dieses Berichts informiert.

Die Zahl der Einwohner/-innen in Heidelberg steigt auch weiterhin. Laut der **Heidelberg-Studie** von 2018 fühlen sich 98 % der Heidelberger/-innen wohl in ihrer Stadt und 80 % der Befragten gaben an, sich mit Heidelberg stark verbunden zu fühlen. Von den befragten Personen, die seit mehr als 10 Jahren in Heidelberg leben, finden 54 %, dass sich die Lebensqualität im vergangenen Jahrzehnt verbessert habe. 64 % der Befragten sind der Meinung, dass sich die Lebensqualität in Heidelberg in den nächsten 10 Jahren verbessern wird. Wie in den Vorjahren nennen die Befragten als wichtigstes Problem den Verkehr. Auf Rang zwei landen erneut der Wohnungsmarkt und die Entwicklung der Mieten.

3.3 Chancen und Risiken

Von zentraler Bedeutung für die öffentlichen Haushalte ist die **allgemeine Finanz- und Wirtschaftslage**. In der Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat die Bundesregierung im Frühjahr 2019 die hohen Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zu früheren Prognosen deutlich nach unten korrigiert, von einer Rezession kann angesichts des fortgesetzten Wachstums jedoch nicht gesprochen werden. Allerdings werden die Handlungsspielräume kleiner. Dies schlägt sich dämpfend auch auf unsere Haushalte nieder. Die Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung werden derzeit als hoch eingeschätzt: zu den mit dem Brexit verbundenen Unsicherheiten kommen insbesondere ungelöste Handelsfragen zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und China sowie die Gefahr einer stärker als erwarteten Wachstumsabschwächung in China hinzu.

Heidelberg ist eine **wachsende Stadt**. Die Einwohnerzahl lag Stand 30.06.2018 bei knapp 160.500 und nimmt durch die zunehmende Besiedlung der Bahnstadt und der Konversionsflächen weiter dynamisch zu. Dies führt zwar zu steigenden Einnahmen (insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen) aber gleichzeitig auch zu einer Aufgabenmehrung und damit einem höheren Personalbedarf in der Verwaltung. Durch die hohe Beschäftigung wird die Gewinnung von Arbeitskräften jedoch zunehmend schwieriger und führt vermehrt zu temporären Stellenvakanzen.

Ein zentrales Thema in vielen Lebensbereichen ist die **Digitalisierung**. Heidelberg treibt seit Jahren die Entwicklung hin zu einer intelligent vernetzten Stadt voran. Als vom Land Baden-Württemberg ausgezeichnete digitale Zukunftskommune ist Heidelberg Modellkommune für die Entwicklung neuer digitaler Serviceangebote. Schwerpunkte sind dabei Verbesserungen für die Bürger/-innen und die Verwaltung, die digitale Bildung und die Bereiche Mobilität und Umwelt. Das zum 01.01.2019 neu eingerichtete Amt für Digitales und Informationsverarbeitung bündelt die mit der Digitalisierung verbundenen Aufgaben und Projekte, um damit die Chancen, die die Digitalisierung bietet, optimal zu nutzen.

Ebenfalls zukunftsfähig gemacht werden muss – unter Berücksichtigung der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit – die vorhandene Infrastruktur, insbesondere das kommunale **Immobilienvermögen**. Durch die Vielzahl, die Größe und die Nutzungsintensität kommunaler Gebäude ist auch für die nächsten Jahre das Arbeitsprogramm umfangreich. Bei der Sanierung von Schulen geht es außerdem darum, dem Strukturwandel im Schulbereich durch die Bereitstellung von (Ganztags-)betreuungsräumen und Mensen, durch die technische Erneuerung von naturwissenschaftlichen Fachklassen und durch die Schaffung einer modernen IT (Digitalpakt Schulen) gerecht zu werden.

Heidelberg als junge Stadt mit hoher Attraktivität für Familien investiert bereits seit vielen Jahren gezielt in den Ausbau von **Kinderbetreuungsplätzen**. Mit einer Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren von rund 54,9 % (Kindergartenjahr 2019/2020) und einer Vollversorgung im Kindergartenbereich liegt das Platzangebot weit über dem Durchschnitt. Angesichts steigender Kinderzahlen muss das Betreuungsplatzangebot auch in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden. Außerdem hat der Gemeinderat im Rahmen des Haushalts 2019/2020 zusätzliche Mittel zur noch stärkeren Entlastung von Familien bei den Betreuungsentgelten bereitgestellt.

Tabelle: Zahl der Betreuungsplätze in Einrichtungen (je Kindergartenjahr; Stadt und freie Träger):

	Kiga-Jahr 2012/2013	Kiga-Jahr 2013/2014	Kiga-Jahr 2014/2015	Kiga-Jahr 2015/2016	Kiga-Jahr 2016/2017	Kiga-Jahr 2017/2018
Anzahl Plätze für 0 – 3 Jährige	1.410	1.529	1.590	1.594	1.598	1.768
Anzahl Plätze für 3 – 6 Jährige	4.184	4.181	4.167	4.275	4.288	4.478

Der Ende 2018 vorgelegte Bericht zur **sozialen Lage** zeigt: in Heidelberg waren in 2016 weniger Menschen armutsgefährdet als bei der letzten Datenerhebung in 2009. Ursachen sind u. a. eine gesunkene Arbeitslosenquote (Rückgang von 6,2% auf 4,4% und damit der zweitniedrigste Wert unter den baden-württembergischen Stadtkreisen) und der Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Außerdem gibt es ein eng geknüpfted Netzwerk bei den Unterstützungsangeboten, die die Teilhabechancen von Menschen mit einem höheren Armutsrisiko verbessern. Handlungsempfehlungen enthält der Bericht zur sozialen Lage insbesondere für folgende Handlungsfelder: Arbeitsmarktpolitik (Integration von Langzeitarbeitslosen), Bildung (Auffang-Angebote für „Systemaussteiger“ und Berufsfindung), Kinder / Jugendliche / Familien / Senioren (bessere Nutzung bestehender Angebote durch alle Kulturkreise). Um künftig gezielt auf Veränderungen reagieren und Projekte inhaltlich anpassen zu können, soll ein Sozialraummonitoring aufgebaut werden.

Ein Großprojekt zur Verbesserung der Infrastruktur stellt das **Mobilitätsnetz** dar: Im Rahmen des in 2015 begonnenen Ausbaus und der Modernisierung des Straßenbahnnetzes wurden bereits mehrere Projekte abgeschlossen, darunter die Erschließung der Bahnstadt durch zwei Straßenbahnlinien. Ziel des Mobilitätsnetzes ist es, über 10.000 Fahrgäste pro

Tag hinzuzugewinnen, davon über 7.000 Umsteiger vom Auto – ein wichtiger Beitrag zur umweltfreundlichen Mobilität und zur Entlastung des Straßenverkehrs.

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs setzt auch einen leistungsfähigen **Betriebshof** mit mehr Werkstattplätzen und Abstellflächen voraus. Die vom Gemeinderat im Dezember 2018 beschlossene Verlagerung des Betriebshofs in den Großen Ochsenkopf war im Juli 2019 Gegenstand eines Bürgerentscheids. Nachdem das erforderliche Quorum nicht erreicht wurde, liegt die Entscheidung nun erneut beim Gemeinderat.

Neben den baulichen Investitionen bindet auch die laufende **Finanzierung des ÖPNV** beträchtliche Haushaltsmittel: in 2019 und 2020 sind jeweils knapp 20 Mio. € als Zahlung an die Stadtwerke Heidelberg GmbH veranschlagt.

Mit dem „Masterplan **nachhaltige Mobilität** für die Stadt“ wollen die Städte Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg – gefördert durch Bundesmittel – einen spürbaren Rückgang der Stickstoffdioxidbelastung und eine Verbesserung der Luftqualität erreichen. Schwerpunkte für Heidelberg sind dabei: eine verbesserte Verkehrslenkung durch eine stärkere Digitalisierung, eine stärkere Vernetzung des ÖPNV mit Carsharing-Angeboten u. ä., der Ausbau der Infrastruktur für den Radverkehr, der Einsatz von wasserstoffbetriebenen Linienbussen, der Einsatz emissionsfreier städtischer Nutzfahrzeuge und der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge. Ende 2018 hat Heidelberg einen Förderbescheid über 575.000 € vom Bund zur Beschaffung von 15 neuen E-Fahrzeugen für den städtischen Fuhrpark erhalten. Eine Wasserstofftankstelle – die erste in Heidelberg – soll noch in 2019 ihren Betrieb aufnehmen.

Auch beim Unterhalt und der **Sanierung von Straßen und Brücken** wird in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Die Mittelbereitstellung erfolgt konkret für große Einzelmaßnahmen (z. B. Hebelstraßenbrücke) und im Straßenerneuerungsprogramm (Ansatz 2019 und 2020 jeweils 4,5 Mio. €). Mittelfristig ist der Bau einer neuen Radverbindung ins Neuenheimer Feld vorgesehen.

Umfangreiche Investitionsmittel sind auch für den Ausgleich des Treuhandvermögens **Bahnstadt** notwendig. Die Kosten- und Finanzierungsübersicht Stand 31.12.2018 schließt zum Laufzeitende im Jahr 2022 mit einem prognostizierten Defizit von 13,2 Mio. € ab, das von der Stadt auszugleichen ist. Diese Mittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Die Bebauung der Bahnstadt erfolgt weiterhin zügig: Ende 2018 lebten dort rund 4.200 Menschen, mehr als 6.500 sollen es bis 2022 sein. Bis dahin soll es dort 6.000 Arbeitsplätze geben, vor allen in Forschung und wissenschaftsbasierten Unternehmen.

Dem wachsenden **Wohnraumbedarf** sozial ausgewogen und nachhaltig zu begegnen ist ein wichtiges Ziel der Stadt Heidelberg, denn in den nächsten Jahren ist von einer Fortsetzung des Einwohnerwachstums auszugehen, das über die Wohnungskontingente in der Bahnstadt und auf den Konversionsflächen hinausgeht. Problematisch ist, dass Heidelberg beim Wohnen zu den bundesweit teuersten Städten zählt. Daher hat der Gemeinderat in 2017 das Handlungsprogramm Wohnen als verbindlichen Leitfaden für die Wohnungspolitik beschlossen. Das übergeordnete Ziel, das mit der Fortschreibung des Wohnungsentwicklungsprogramms erreicht werden soll, heißt: Heidelberg schafft, erhält und vermittelt geeigneten Wohnraum für alle Generationen, insbesondere für Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung in allen Einkommensbereichen, insbesondere für untere und mittlere Einkommen.

Parallel dazu wurde in 2017 auch die Wirtschaftspolitik mit dem **Wirtschaftsentwicklungskonzept** auf eine neue Basis gestellt. Das Konzept zeigt Möglichkeiten auf, wie Heidelberg als dynamischer Standort auch künftig geeignete und marktfähige Wirtschaftsflächen anbieten kann. Ziel ist, dass eine prosperierende Wirtschaft auch weiterhin ein wichtiger Stützpfeiler für den Wohlstand Heidelbergs bleibt. Besondere Priorität haben im Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft aktuell folgende Arbeitsschwerpunkte: Bereitstellung von Wirtschaftsflächen für Expansionen und Neuansiedlungen, die Entwicklung des Heidelberg Innovation Park sowie Projekte rund um das Thema Digitalisierung.

Für die Umsetzung der Zielsetzungen in den Bereichen Wohnen und Wirtschaft bieten die **Konversionsflächen** (insgesamt rund 180 Hektar Fläche) vielfältige Möglichkeiten:

- Bereits weit fortgeschritten ist die Entwicklung auf den **Campbell Barracks** und dem **Mark-Twain-Village**: hier entstehen 1.400 Wohnungen – 70% davon im preiswerten Segment – sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen. Die ersten Bewohner/-innen sind im Sommer 2016 eingezogen. Weitere große Projekte sind die Sanierung der ehemaligen Mark Twain Schule für die Julius-Springer-Schule (Umzug im September 2017), der Umbau der ehemaligen Kommandantur zum Mark-Twain-Center für transatlantische Beziehungen (Betriebsaufnahme in 2018, sukzessiver Ausbau bis 2021), die Ansiedlung des Kulturhauses Karlstorbahnhof, die Ertüchtigung der ehemaligen Sporthalle der High School als Trainingshalle für den Vereinssport und die Umgestaltung der ehemaligen Chapel zu einem Bürgerzentrum (Inbetriebnahme voraussichtlich 2. Quartal 2020). Für das von der Internationalen Bauausstellung (IBA) begleitete Projekt „Der Andere Park“ zur Vernetzung der Wissensorte über zentrale öffentliche Freiräume hat der Bund Fördermittel (5,9 Mio. €) zugesagt.

- Auf den **Patton Barracks** wächst der Heidelberg Innovation Park (hip) – ein Hot-Spot für Unternehmen aus den Bereichen IT, digitale Medien, Bioinformatik und Design. Das Business Development Center Organische Elektronik bietet auf 4.000 Quadratmetern multifunktionale Büro- und Laborflächen für Firmengründer und mit der neuen Großsporthalle für bis zu 5.000 Zuschauer/-innen erhält der Breiten- und Spitzensport ein neues Zuhause.
- Auf der Konversionsfläche **Hospital** entstehen in erster Linie Wohnungen, ergänzt durch Gewerbe, Kultur- und Bildungseinrichtungen und einen Park. Der Ankauf der Fläche vom Bund ist in 2018 erfolgt.
- In **Patrick Henry Village** (PHV) betreibt das Land aktuell befristet ein Ankunftscenter für Menschen auf der Flucht. Die IBA hat mit lokalen und internationalen Planungsbüros für die Fläche eine Entwicklungsvision für eine „Wissensstadt von Morgen“ erarbeitet: PHV könnte ein Modellort für den Einsatz digitaler Technologien, innovativer Mobilitätskonzepte sowie klimaneutraler Energieversorgung werden, der Arbeits- und Wohnraum für 10.000 bis 15.000 Menschen bietet. Hierzu hat der Gemeinderat Anfang 2017 die Aufstellung eines Bebauungsplans (gemischtes Siedlungsgebiet) und Ende 2017 einen Masterplan beschlossen. Dieser dynamische Masterplan wurde 2018 unter enger Einbindung der IBA weiterentwickelt. Parallel hierzu laufen Planungen und Vorbereitungen zur Aktivierung von Teilbereichen des Areals.
- Im März 2019 hat der Gemeinderat für das **Airfield** die ergebnisoffene Weiterentwicklung der Idee für einen Landwirtschaftspark beschlossen. Berücksichtigt werden sollen dabei die verschiedenen Nutzungsideen wie eine Zeppelin-Erlebniswelt, eine Renaturierung der Fläche, ein Stadtpark sowie eine Bewerbung zur Landesgartenschau.

Die Konversionsflächen und die Bahnstadt stellen ein beträchtliches Potential für die Gestaltung der Zukunft Heidelbergs dar. Bei der Entwicklung der Flächen ist sowohl bei den Investitions- als auch den Folgekosten auf die finanzielle Tragfähigkeit zu achten. Dazu zählt auch, Notwendiges und Wünschenswertes in ein angemessenes Verhältnis zu bringen.

Die Bahnstadt wird auch Standort des neuen **Konferenzentrums** sein. Laut einer Analyse könnten mit ihm ausgelagerte Kongresse wieder nach Heidelberg geholt und die Wirtschaftsinfrastruktur erheblich aufgewertet werden. Anfang 2018 wurde die Planung an den Sieger des Architekturwettbewerbs vergeben. Gebaut wird das Konferenzcenter von der städtischen Tochtergesellschaft BSG. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ist eine Fertigstellung des Konferenzcenters im Laufe des Jahres 2022 hinterlegt und damit ein Zuschussbedarf in 2022 von 2,5 Mio. €, der in 2023 mit einem ganzjährigen Betrieb auf 5,5 Mio. € ansteigt. Weitgehend parallel hierzu kann die **Stadthalle** – überwiegend dank großzügiger Spender und Sponsoren – umfassend renoviert und zu einem Konzert- und Kulturhaus weiterentwickelt werden. Für den optimalen Betrieb von Konferenzcenter, Stadthalle und Großsporthalle wurde im Sommer 2018 mit der Heidelberg Kultur- und Kongressgesellschaft mbH eine neue städtische Tochtergesellschaft gegründet.

Für Heidelberg als Wissenschaftsstadt hat – neben den genannten städtebaulichen Projekten – auch die Zukunftsentwicklung des **Neuenheimer Feldes** im Rahmen des Masterplanverfahrens zentrale Bedeutung: Stadt, Universität und Land haben im Herbst 2017 hierzu eine gemeinsame Rahmenvereinbarung unterzeichnet. Mit dem Masterplanverfahren soll eine ebenso zukunftsweisende wie stadtverträgliche Entwicklungsperspektive für den Campus erarbeitet werden. Der Masterplan soll die Grundlage für die Entwicklung des Wissenschaftsstandortes und seiner Vernetzung mit dem Umfeld bilden. Ziel ist es, Vorgaben unter anderem für die Bereiche Bauen, Umwelt und Verkehr zu entwickeln. Im Oktober 2018 haben die Planungsteams ihre ersten Überlegungen für das Gebiet Im Neuenheimer Feld / Neckarbogen vorgestellt, die inzwischen zu Entwicklungsperspektiven weiterentwickelt wurden. Begleitend gibt es eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung mit öffentlichen Veranstaltungen und einer Online-Beteiligung.

Dieser Überblick macht die vielfältigen und anspruchsvollen Aufgabenstellungen deutlich und zeigt die beträchtlichen Chancen für die eine weitere Steigerung der Attraktivität Heidelbergs auf. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass damit hohe Investitionen und Folgekosten verknüpft sind. Daher darf auch bei der aktuell guten wirtschaftlichen Gesamtsituation die Bedeutung eines dauerhaft wirtschaftlich tragfähigen Haushalts nicht aus dem Blick verloren werden. Daher hat das Regierungspräsidium Karlsruhe im Rahmen der Haushaltsgenehmigung auf die Notwendigkeit von ausreichend Eigenmitteln für die Investitionsfinanzierung zur Begrenzung des Schuldenanstiegs hingewiesen. Nur so ist die Bewältigung der Zukunftsaufgaben möglich.

